

II.

Das Handelsschutzgesetz und andere dem Schutze der Warenbewegung zwischen den beiden Teilen Deutschlands dienende Normen

1. Die Bedeutung des Handelsschutzgesetzes im Kampf um die Einheit Deutschlands

Der innerdeutsche Handel ist ein sehr wichtiges Bindeglied zwischen den Deutschen in Ost und West. Er ist ein Mittel zur Verständigung auf dem Wege zur Einheit Deutschlands. Die nationale Aufgabe des innerdeutschen Handels wird jedem Deutschen ganz besonders dann bewußt, wenn sich Menschen aus beiden Teilen unserer Heimat zusammenfinden, um durch die Anknüpfung neuer Handelsbeziehungen den Kontakt der Deutschen untereinander enger zu gestalten.

Die Bedeutung der Förderung und Entwicklung des innerdeutschen Handels im Kampf um die Einheit Deutschlands liegt darin, daß der innerdeutsche Handel ein Pfeiler der Brücke zur Einheit ist. Er ist ein Ausdruck der unzerstörbaren Einheit Deutschlands und bietet über den bloßen Austausch von Waren hinaus die Gelegenheit, ein Gespräch zwischen den Handelspartnern anzuknüpfen, das ein gesamtdeutsches Gespräch darstellt und das der Ausgangspunkt dafür ist, alle Deutschen noch enger miteinander zu verbinden.

Die große Bedeutung des innerdeutschen Handels, seine nationale Aufgabe, die er im gesamtdeutschen Rahmen zu erfüllen hat, wurde wiederholt von den Vertretern der befreundeten Sowjetunion unterstrichen. So machte z. B. der sowjetische Außenminister Molotow auf der Berliner Außenministerkonferenz Anfang des Jahres 1954 konkrete Vorschläge, um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland zu erleichtern und zu erweitern und die deutsche nationale Kultur zu entwickeln.

In der Erkenntnis der außerordentlichen Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wiedervereinigung unserer Heimat erklärte die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik seit Jahren wiederholt, daß sie bereit ist, in Verhandlungen mit Westdeutschland zu treten und dabei die Fragen des innerdeutschen Handels zu erörtern. So tat sie bereits 1950 ihre Bereitschaft kund, einen Warenaustausch von einer Milliarde Verrechnungseinheiten mit Westdeutschland vorzunehmen und wiederholte dieses Angebot in den folgenden Jahren mehrfach. Der demokratische Magistrat von Groß-Berlin bot dem Westberliner Senat einen